

St. Peters Bote,
 die älteste deutsche katholische Zeitung
 in Kanada, erscheint jeden Donnerstag in
 Münster, Sask., und kostet bei Voraus-
 zahlung:
 In Kanada, per Jahrgang \$2.00
 In den Staaten u. Ausland, \$2.50
 Einzelne Nummern 10 Cents.
 Anzeigen werden berechnet zu
 1.00 Dollar pro Zoll einpaltig für die
 erste Einrückung, 50 Cents pro Zoll für
 nachfolgende Einrückungen.
 Postanfragen werden zu 20 Cents pro
 Zeile wöchentlich berechnet.
 Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00
 pro Zoll für 4 Insertionen, oder \$20.00
 pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei
 großen Aufträgen gewährt.
 Jede nach Ansicht der Herausgeber
 für eine unrichtige katholische Familien-
 zeitung unpassende Anzeige wird un-
 bedingt zurückgewiesen.
 Man adressiere alle Briefe u.f.w. an
ST. PETERS BOTE,
 Münster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Pf. + Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Pf. + Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Vätern zu Münster, Sask., Canada.

18 Jahrgang, No. 12. Münster, Sask., Donnerstag den 3. Mai 1921. Fortlaufende No. 896.

St. Peters Bote,
 the oldest Catholic newspaper in
 Saskatchewan, is published every
 Thursday at Münster, Sask. It is
 an excellent advertising medium.
 SUBSCRIPTION:
 \$2.00 per year, payable in advance.
 \$2.50 to the United States and abroad
 Single numbers 10 cents.
 ADVERTISING RATES:
 Transient advertising \$1.00 per inch
 for first insertion, 50 cents per inch
 for subsequent insertions. Reading
 Notices 20 cents per count line.
 Display advertising \$2.00 per inch
 for 4 insertions, \$20.00 per inch for
 one year. Discount given on large
 contracts. Legal Notices 12 cts. per
 agate line 1st insertion, 8 cts. later.
 No advertisement admitted at any
 price, which the publishers consider
 unsuited to a Catholic family paper
 Address all communications to
ST. PETERS BOTE,
 Münster, Sask., Canada.

Vom Ausland

Berlin. Die deutsche Note mit den Entschädigungsvorschlägen, die der amerikanischen Regierung gesandt worden ist, wurde veröffentlicht. Die Klausel, die Deutschlands Entschädigungsanerbieten enthält, lautet: „Deutschland erklärt sich bereit, als Entschädigung eine Gesamtsumme von 50,000,000,000 Mark Gold zu deren jetzigem Werte zu zahlen; Deutschland ist ferner bereit, diesen Betrag in Jahresabteilungen, die seiner Produktionsfähigkeit entsprechen, bis zu einer Gesamtsumme von 200,000,000,000 Mark Gold zu entrichten. Deutschland ist willens, den alliierten Mächten zu gestatten, an der Beseitigung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands teilzunehmen. Deutschland will bei der Wiederherstellung der vernünftigen Gegenden helfen, so viel in seinen Kräften steht, damit es so schnell als möglich sich die unbezahlt bleibenden Summen vom Hals schafft. Deutschland verpflichtet sich die Entscheidungen einer internationalen Kommission von Sachverständigen über seine Zahlungsfähigkeit als bindend anzuerkennen. Wenn die amerikanische Regierung glaubt, daß eine andere Form der Vorschläge besser zu handhaben sein würde, so bittet die deutsche Regierung, daß ihr die Punkte mitgeteilt würden, deren Änderung der amerikanischen Regierung wünschenswert erscheinen. Die deutsche Regierung würde auch irgendwelche Vorschläge seitens der amerikanischen Regierung willkommen heißen. Die deutsche Regierung ist zu sehr davon überzeugt, daß der Friede und das Wohl der Welt von einer schnellen, gemäßigten und gerechten Lösung der Entschädigungsfrage abhängt, als daß sie nicht alles mögliche tun würde, um die Vereinigten Staaten in den Stand zu setzen, die Sache den alliierten Regierungen zu unterbreiten.“

Wie gemeldet wird, beabsichtigt Matthias Erzberger in Berlin ein großes eigenes Blatt zu gründen das der christlich-demokratischen Richtung dienen soll.

Wien. Bei der Volksabstimmung in Tirol über die Frage einer Vereinigung mit Deutschland wurden 129,833 Stimmen für und 1576 gegen den Vorschlag abgegeben. Die Zahl der Stimmen war etwas geringer als bei der letzten Wahl.

Warschau. Polen rühmt sich der ältesten alten Jungfer in Mitteleuropa. Es ist Anna Dobel, in Chocholow anässig, welche dieser Tage ihren 123. Geburtstag beging. Sie ist geistig und körperlich noch rüstig und verrichtet täglich einige Hausarbeit. Sie hat auch einen Sinn für Humor und schreibt ihre Langzeitigkeit dem Umstand zu, daß sie sich nie mit einem Manne in dem Hause abquälen mußte. Frau Dobel ist auch keine Freundin von Katzen.

Dublin. Lady Gilbert, in der literarischen Welt als Rosa Mulholland bekannt, ist gestorben. Sie war eine der bekanntesten modernen Romanautorinnen, in Belfast geboren und mit dem verstorbenen Sir John Gilbert verheiratet.

Rom. Das italienische Unterrichtsministerium hat das Kolof-

neum für fünf Jahre einer Operngesellschaft gratis überlassen, die es in eine Art Jahrmarkttheater umbauen will. Sie ist nur verpflichtet, einmal jährlich unentgeltliche Volksvorstellungen zu geben. Bereits hat man Teile des Amphitheaters für Besucher abgeperrt und mit den Bauarbeiten begonnen. Die ganze italienische Presse ist sehr entrüstet über dieses unglückliche Attentat auf einen der berühmtesten Ueberreste aus der römischen Kaiserzeit. In Künstlerkreisen, und besonders im Vatikan, wo man sich an die Martyrzeit des Kolosseums erinnert, herrscht große Entrüstung. In Kammer und Senat sind Interpellationen angehängt und auch die Stadtverwaltung gedenkt alle Mittel aufzubieten, um die Schändlichkeit zu verhindern.

Paris. Das Senatskomitee für auswärtige Beziehungen entschied sich gestern für vorläufige Beschließung der Erwägung der Frage einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan.

Wir werden in das Ruhrgebiet eindringen, sobald die Sitzung des Obersten Rates zu Ende ist, wahrscheinlich am Ende der nächsten Woche“, erklärt Marcel Hutin im „Echo de Paris“. Der Einmarsch wird erfolgen, selbst wenn Frankreich gezwungen ist, allein zu marschieren, ohne die Unterstützung der Alliierten. Nichts wird unsern Entschluß mehr ändern. Daß die Deutschen sich dessen bewußt sind, daß wir es ernst meinen, zeigt die Tatsache, daß sie aus dem Ruhrgebiet alle Akten und Dokumente beseitigt haben, sogar Barracken für unsere Soldaten (?) gebaut haben.“

Berlin. 900 Deutsche, deren Bestrafung für angebliche Vergehen, begangen während des Krieges, von der Entente verlangt wird, werden in Leipzig vor die Schranken des Gerichtes gestellt werden, und zwar sollen die Verhandlungen am 25. Mai beginnen. Die Alliierten werden ihre Vertreter dort haben, doch Deutschland wird die Staatsanwälte, Richter und Verteidiger stellen. Sieben Richter werden zu Gericht sitzen.

Essen. Die französische Presse verbreitet in letzter Zeit systematisch Meldungen über die Gründung von Kruppischen Waffenfabriken in verschiedenen Ländern der Erde. Zunächst sollte es Chile sein, das von der Firma Krupp zur Errichtung einer Waffenschmiede ausersehen war. Dann kam Finnland an die Reihe. Nachdem diese Meldungen als Schwindel entlarvt sind, weiß jetzt der „Matin“ zu melden, Krupp werde den Betrieb der Waffen- und Munitionsfabriken von Putilow und Ohta in seine Hand nehmen. Von Seiten der Firma Krupp werden alle derartigen Meldungen in das Reich der Fabel verwiesen und es wird erklärt, daß die Firma Krupp sich künftig die Mühe sparen werde, solche und ähnliche läugerische Meldungen richtig zu stellen.

Prag. Prof. Thomas G. Masaryk hat als Präsident der Tschechoslowakei resigniert wegen andauernder Krankheit. Sein Nachfolger ist Dr. Ed. Beneš, jetziger Außenminister.

Basel. Infolge der langen Trockenheit in der Schweiz sind die Rhone und der Rhein auf die Hälfte ihres normalen Wasserstandes zurückgegangen. In Genèbe ist der Grund des Sees zu sehen. Am Boden ist eine Inschrift sichtbar, die aus dem Jahre 1862 stammt, und die also lautet: „Wenn Ihr mich wieder lebet, wird die Welt in Tränen sein.“ Im Thuner-See ist eine ähnliche Inschrift zu sehen.

Dublin. Vier Sinnfeindführer, welche durch ein Kriegsgesetz verurteilt wurden, weil sie aus dem Hinterhalte Streitkräfte der britischen Krone bekriegt, wurden auf dem Kaiserhof der Militärbaracken von Cork hingerichtet. Die Namen der vier erschossenen Sinnfeindführer lauten: Patrick O'Sullivan, Maurice Moore, Thomas Mulcahy und Patrick Coyne. Sie wurden zu Paaren hingerichtet. Der Rat der städtischen Korporation von Cork hat Resolutionen angenommen mit Freiesten gegen die Hinrichtung. Abschriften derselben wurden an Papst Benedikt und Präsident Harding abgeschickt.

London. Staatssekretär Hughes der Ver. Staaten hat am 2. Mai in einer Note dem deutschen Minister des Auswärtigen Dr. Simons mitgeteilt, daß die Gegenwärtigen Deutschlands in Bezug auf Wiedergutmachung als eine Basis für Verhandlungen nicht annehmbar seien. Mit anderen Worten: Die Ver. Staaten wollten für Deutschland nicht das Vermittleramt mit den Alliierten übernehmen. Deutschland solle selber direkt seine Gegenwärtigen der Alliierten unterbreiten. Der hohe Alliiertenrat am 3. Mai entschied, keine Flottenoperationen gegen Deutschland zu unternehmen ohne vorher sich mit den Ver. Staaten beraten zu haben. Tags vorher kam man überein, daß die Wiedergutmachungssumme, deren Zahlung man von Deutschland verlangt, wesentlich 6,600,000,000 Pfund Sterling (\$32,142,000,000) betragen solle. Davon soll Deutschland jährlich 100,000,000 Pfund zahlen nebst 25 Prozent an seinen Ausfuhrwaren.

Amsterdam, Holland. Die Internationale Föderation der Arbeiter veröffentlichte am 3. Mai einen Artikel, der die sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten in betreff der Wiedergutmachungsvorschläge Deutschlands verlangt. Die deutschen Vorschläge, sagt der Artikel, wurden unterstützt von den deutschen Arbeiterklassen und Arbeitervereinigungen, die alles mögliche tun würden, um ein von der Regierung unterzeichnetes Abkommen zu erfüllen. Die Föderation bestehet darauf, daß keine weiteren Okkupationsmaßnahmen getroffen werden sollen.

Berlin. Wie aus diplomatischen Quellen verlautet, ist der Marsch nach Berlin das Endziel der militärischen Pläne Frankreichs. Um die Einwände britischer und italienischer Sachverständiger zu entkräften, daß die Befehle des Ruhrgebietes kaum die Kosten dieser Maßnahme einbringen würde, ist auch die Befehlsnahme Hamburgs, Bremens und Lübeds beschloffen worden. Wenn auch dies nicht das erwartete Ergebnis haben wird, soll die französische Armee nach

Berlin marschieren. Diese von Marschall Foch entworfenen Pläne wurden vom Kriegerate unter Vorsitz des Präsidenten Millerand gutgehehen. Obwohl die französische Regierung entschlossen ist, diese militärischen Schritte nötigenfalls allein zu tun, erwartet sie doch zuverichtlich Großbritanniens Unterstützung darin zu erhalten, da man glaubt daß Lloyd George bis zum Äußersten gehen werde, um Frankreichs Freundschaft nicht zu verlieren. — Um einen Begriff davon zu geben, was die Ausführung der Pläne Frankreichs kosten würde, weisen Sachverständige darauf hin, daß von den 8,000,000,000 Mark, die Deutschland seit dem Waffenstillstande gezahlt hat, 7,000,000,000 für die Erhaltung der Okkupationsarmee am Rhein draufgegangen seien.

Außenminister Simons verteidigte sich vor dem Reichstage mit folgenden Worten: „Ich bin der Freiheit beschuldigt worden, weil die Regierung willens war, ihre Sache dem Präsidenten Harding anheimzustellen. Das erschien als die Pflicht der Regierung. Es war unire Pflicht der Welt klar zu machen, daß wir ohne Rückhalt bereit sind, den Schaden gut zu machen, soweit es in unseren Kräften steht. Es war gewiß ein ungewöhnlicher Schritt. Aber wir haben uns auch in einer ungewöhnlichen Lage. Wir wandten uns nicht an Menschen, sondern an das Gerechtigkeitsempfinden. Haben wir uns dadurch einem Feinde zu Füßen geworfen? Das kann ich nicht zugeben. Es ist nicht erniedrigend, sich an Männer, wie Präsident Harding zu wenden, dem das Vertrauen des amerikanischen Volkes das höchste Amt gegeben hat.“ — Es verlautet auch glaubwürdiger Quelle, daß Simons Präsident Ebert seine Resignation eingehändigt hatte, bevor er sich in den Reichstag begab. Kanzler Fehrenbach hatte dann Simons gebeten, nicht auf Abdankung in dieser Krise zu bestehen, und wenigstens solange im Amte zu bleiben, bis die amerikanische Regierung entschieden habe, was sie tun solle. Simons soll sich dazu verstanden haben, daß sein Abdankungsgesuch einige Tage unerledigt in den Händen des Präsidenten bleibe, aber er ließ sich nicht überreden, es zurückzugeben.

Washington. Mit überwältigender Mehrheit und nach einer langen, stellenweise heftig erregten Debatte hat das Haus die Vorlage zur Beschränkung der Einwanderung angenommen und ein Amendement, allen politischen Flüchtlingen die Tore des Landes zu öffnen, abgelehnt. Die Vorlage wurde in wesentlich derselben Form angenommen, in der sie in der verfloffenen Session passierte, aber von Präsident Wilson mit einem „Taschenveto“ belegt wurde. Sie geht nun an den Senat, dessen republikanischer Führer die Befehlsgebung, daß sie ohne Zögern durchgehen werde. Die Maßnahme ist auf die Dauer von 14 Monaten bestimmt und beschränkt die Einwanderung auf drei Prozent der bereits in den Ver. Staaten anwesigen Vertreter jeder einzelnen Nation. Hierbei wird derjenige

etwa „Wondischein“ enthalte. Der junge Mann, Karl Roll mit Nomen, wies dann nach, daß er die Klatsche mit gemeinem Wasser aus der St. Agnes-Kirche holte. Begroba ist selbst Katholik und in großer Angst, was ihm passieren wird. Seine Kollegen fürchten, ihm werden Klagen wachsen und meinen, er werde einen wunderlichen Engel abgeben.

Meridian, Miss. Wie aus Broxton gemeldet wurde, kamen in dem Tornado, der jenen Ort traf, 15 Personen um und 30 wurden verletzt. Broxton ist ein Ort von 600 Einwohnern an der Gulf & Ship Island Bahn, 30 Meilen von Jackson. Der Sturm brach mit lurchbarer Gewalt auf den Ort herein und legte fast alle Gebäude in Trümmer. Heute ist dort fast nichts als rauchende Trümmermassen zu sehen. Viele der Ueberlebenden eilten nach dem Orte De Lo, von wo die erste Meldung von dem Unglück ausgegangen wurde. Von Jackson wurde dann sofort ein Zug mit Ärzten, Fliegerinnen, Soldaten und Besten nach der Unglücksstätte geschickt. In der Zwischenzeit waren die Schwerverletzten nach dem Hospitale in De Lo gebracht worden.

St. Paul, Minn. Die St. Pauler Volkszeitung meldet in ihrem lokalen Teil (20. April) Folgendes: „Polizist Begroba hat Polizeiwasser getrunken. Er sah einen jungen Mann eine Klatsche verbergen und trank infolgedessen davon drei Teller, um zu finden ob sie nicht

Beachtenswerte Ehrung des Prälaten Hise.
 Gesellschaft für Soziale Reform soll seinem Wirken hohe Anerkennung.“

Eine bemerkenswerte Ehrung wurde dem um die Sozialreform in Deutschland verdienten Prälaten Franz Hise dadurch zuteil, das die von Professor Dr. Ernst Franke in Berlin herausgegebene Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ in einer Ausgabe drei Aufsätze über die sozialpolitische Tätigkeit dieses Mannes veröffentlichte. Die Gelegenheit, das zu tun, bot kein feierlicher Geburtstag, den Professor Hise am 16. März begehen konnte.

In der am gleichen Tage ausgegebenen Nummer 11 des laufenden Jahrganges genannter Zeitschrift schreibt Dr. August Pieper, M. Gladbach, über „Die geschichtliche Stellung Franz Hises in der katholisch-sozialen Bewegung“, der preussische Wohlfahrtsminister und Vorsitzende des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Stegerwald, über „Professor Hise und die Christlichen Gewerkschaften“, während Reichspostminister Giesberts „Franz Hise und die katholischen Arbeitervereine“ erörtert.

Dazu kommt dann noch das „Glückwunschschreiben der Gesellschaft für Soziale Reform zum 70. Geburtstag des Apostolischen Protonotars Professor Dr. Franz Hise, M. d. N.“, das um so beachtenswerter ist, weil es von durchaus sachverständigen Männern ausgeht, die andererseits nicht im selben religiösen Lager stehen wie Prälat Hise. Das an erster Stelle von dem um die Sozialpolitik sehr verdienten Staatsminister Dr. Freiherrn v. Berlepsch unterzeichnete Schreiben erklärt:

„Unter den Vielen, die am 16. März Ihres 70. Geburtstages dankbar und voll herzlichster Verehrung gedenken, möchte auch die Gesellschaft für Soziale Reform nicht fehlen. Sie hat Ihnen so viel zu verdanken, daß ihr Glückwunsch ganz und gar zusammenfällt mit dem Wunsch, daß es Ihnen noch

viele Jahre vergönnt sein möge, an Ihrem Lebenswerte weiterzuarbeiten. In doch das Wert Ihres reich gelegenen Lebens zugleich ein sozialreformarisches Wert! An Ihnen haben Sie gewirkt, lange bevor eine Gesellschaft für Soziale Reform gab, deren vornehmste Aufgabe es wurde, alle Kräfte zu sammeln und zu einigen für organischen sozialpolitischen Fortschritt. Mit unüberbarem Wirklichkeitsinn und nimmermüdem Idealismus haben Sie als Organisator von Arbeiterverbänden, die mit Ihnen in den großen Fragen der Weltanschauung einig waren, und als Berater wohlgeachteter Industrieller gewirkt. Ihre parlamentarische Arbeit hat stets denen gehört, die auf der Schattenseite des Lebens wandeln. Jahrzehnte lang ist die Geschichte der deutschen Sozialpolitik mit Ihrem Namen untrennbar verknüpft gewesen, und Ihr erfahrene Wort findet seit langem bei Freund und Gegner ehrfurchtsvolles Gehör.“

Die Gesellschaft für Soziale Reform zählt Sie mit Stolz zu ihren namhaftesten Mitglieðern. Seit zwei Jahrzehnten gehören Sie ihrem Vorkamde an, und in dieser langen Zeit haben Sie stets feinstes Verständnis für das Notwendige und Mögliche bewiesen und immer sanftmütig und verhörend gehandelt, ohne die klaren Ziele Ihres Engagements jemals zu verlegen. So ist Ihr Ehrentag zugleich für uns ein Tag des Dankes an Sie, hochwürdiger Herr, und des freudigen Bekenntnisses, daß wir allezeit Teile um Treue bekunden wollen. Von Ihnen aber erbitten wir bleibende Neigung und freundwillige Mitarbeit zum Segen des gemeinsamen Wertes!“

Es dürfte wohl in Deutschland, wo die Religion so scharfe Trennungslinien zieht, noch nicht allzu oft vorgekommen sein, daß die Dienste eines katholischen Priesters von nichtkatholischer Seite so rückhaltlos anerkannt wurden wie in diesem Falle. Doch das gemeinsame Wirken zum Wohle des Landes, die achtungsgebietende Lebensarbeit Hises lassen das erklärlich erscheinen.

Vereinigte Staaten

Washington. Mit überwältigender Mehrheit und nach einer langen, stellenweise heftig erregten Debatte hat das Haus die Vorlage zur Beschränkung der Einwanderung angenommen und ein Amendement, allen politischen Flüchtlingen die Tore des Landes zu öffnen, abgelehnt. Die Vorlage wurde in wesentlich derselben Form angenommen, in der sie in der verfloffenen Session passierte, aber von Präsident Wilson mit einem „Taschenveto“ belegt wurde. Sie geht nun an den Senat, dessen republikanischer Führer die Befehlsgebung, daß sie ohne Zögern durchgehen werde. Die Maßnahme ist auf die Dauer von 14 Monaten bestimmt und beschränkt die Einwanderung auf drei Prozent der bereits in den Ver. Staaten anwesigen Vertreter jeder einzelnen Nation. Hierbei wird derjenige

etwa „Wondischein“ enthalte. Der junge Mann, Karl Roll mit Nomen, wies dann nach, daß er die Klatsche mit gemeinem Wasser aus der St. Agnes-Kirche holte. Begroba ist selbst Katholik und in großer Angst, was ihm passieren wird. Seine Kollegen fürchten, ihm werden Klagen wachsen und meinen, er werde einen wunderlichen Engel abgeben.

Wie aus Broxton gemeldet wurde, kamen in dem Tornado, der jenen Ort traf, 15 Personen um und 30 wurden verletzt. Broxton ist ein Ort von 600 Einwohnern an der Gulf & Ship Island Bahn, 30 Meilen von Jackson. Der Sturm brach mit lurchbarer Gewalt auf den Ort herein und legte fast alle Gebäude in Trümmer. Heute ist dort fast nichts als rauchende Trümmermassen zu sehen. Viele der Ueberlebenden eilten nach dem Orte De Lo, von wo die erste Meldung von dem Unglück ausgegangen wurde. Von Jackson wurde dann sofort ein Zug mit Ärzten, Fliegerinnen, Soldaten und Besten nach der Unglücksstätte geschickt. In der Zwischenzeit waren die Schwerverletzten nach dem Hospitale in De Lo gebracht worden.

Die St. Pauler Volkszeitung meldet in ihrem lokalen Teil (20. April) Folgendes: „Polizist Begroba hat Polizeiwasser getrunken. Er sah einen jungen Mann eine Klatsche verbergen und trank infolgedessen davon drei Teller, um zu finden ob sie nicht